



Agrarbetriebe nicht die Extremwetterlagen ausbaden lassen

Pressemitteilung von Kirsten Tackmann, 31. Juli 2018

„Nothilfen werden gebraucht und das kann nicht nur die Aufgabe der Bundesländer sein. Der Bund muss dazu unverzüglich die Grundlagen für Bundeshilfen schaffen. Zudem fordert DIE LINKE einen unbürokratischen Verzicht der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH auf Pachtzahlungen, anstatt diese nur zu stunden. Zudem braucht es eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Mittelfristig fordert DIE LINKE ein gemeinwohlorientiertes Kartellrecht, bei dem Agrarbetriebe endlich auf Augenhöhe ihre Interessen vor allem gegen landwirtschaftsfremde Investorinnen und Investoren verhandeln können. Gewinne müssen in der Wertschöpfungskette gerechter verteilt werden“, so Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, zur aktuellen Dürre und den Auswirkungen auf die Landwirtinnen und Landwirte. Tackmann weiter:

„Durch eine konsequente Klimaschutzstrategie muss das Risiko von Extremwetterlagen minimiert werden.

Dazu gehört auch ein Beitrag der Landwirtschaft, z. B. durch eine strategische Ausrichtung auf regionale Versorgung, regionale Flächenbindung der Tierhaltung und die Deckelung der Bestandsgrößen in Regionen und am Standort. Ackerbauliche Anpassungsstrategien müssen wissenschaftlich entwickelt werden. Dazu gehören z. B. geeignete Zwischenfruchtansaat, Mischkulturen und vielfältigere Fruchtfolgen sowie Humusaufbau oder ganzjährige Bodenbedeckung. Wenn nach der Krise nicht gleich wieder vor der Krise sein soll, wird ein Strategiewechsel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft gebraucht, der die Fehler im System an der Wurzel packt.“